

Die Globalisierungs- und Erweiterungsstrategie der EU

Fritz Breuss

Univ.-Prof. i.R. Dr. Fritz Breuss, Wirtschaftsuniversität Wien sowie WIFO
Wien

Fritz.Breuss@wu.ac.at; Fritz.Breuss@wifo.ac.at

Die EU ist ein Wirtschaftsgigant, aber politisch noch nicht weltpolitikfähig. Sie nimmt sowohl intern, als auch extern als großer Spieler an der Globalisierung teil. Durch die stetigen Erweiterungen hat die EU eine eigene, interne „Mini-Globalisierung“ mit einem immer größeren Freihandelsraum gestaltet. Je größer die EU und damit ihr Freihandelsraum wird, umso weniger ist sie auf die externe Globalisierung angewiesen. Die EU nimmt aber auch aktiv an der externen Globalisierung teil. Einerseits multilateral im Rahmen der WTO. Andererseits schließt sie als Zweit-Bestlösung bilaterale und regionale Freihandelsabkommen (FHA) der neueren Generation ab. Derzeit sind solche in Kraft mit Südkorea, Kolumbien/Peru und Zentralamerika und mit Kanada (CETA). Das EU-Japan FHA wird demnächst in Kraft treten. Die Verhandlungen über das größte Projekt dieser Art, das EU-USA FHA (TTIP) wurden von US-Präsident Trump nach seinem Amtsantritt ausgesetzt.

1. Einleitung

Der Zusammenhalt der EU wird derzeit auf eine harte Probe gestellt. Drei Großereignissen haben die EU ins Wanken gebracht. Begonnen hat alles mit der großen Rezession 2009 und der folgenden Euro-Krise ab 2010. Das führte zu einer wirtschaftlichen Spaltung in der Eurozone in Nord (Kern) und Süd (Peripherie) und einer – im Vergleich zu den USA – verzögerten Erholung von der Großen Rezession (Breuss, 2017b). Den zweiten großen Schock verursachte die Migrationswelle von 2015 und löste eine politische Spaltung zwischen West und Ost aus. Diese Krise ist noch immer ungelöst. Es gelang nicht, die Flüchtlinge „gerecht“ auf die Mitgliedstaaten aufzuteilen. Eine Neuordnung der Asylpolitik (Reform von Dublin III zu IV) steht noch aus. Der dritte große Schock war das Brexit-Referendum von 2016. Damit hat die EU-Integration zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Rückwärtsgang eingelegt. Alle diese Faktoren zusammen – vor allem aber die ungelöste Migrationskrise – haben die politischen Zentrifugalkräfte (den Nationalismus und Populismus) zulasten der Zentripetalkräfte („europäische Lösungen“) gestärkt.

Überlagert werden diese drei negativen Strömungen durch die weltpolitische Marginalisierung der EU. Selbst der große Verbündete USA ermahnt die EU

zu mehr (militärischer) Selbständigkeit und straft sie mit Zöllen und Verachtung. China ist auf dem Sprung zur ökonomischen und politisch-militärischen Supermacht. Und Russland stört den Frieden in Europa. Anstelle einer gut nachbarschaftlichen Beziehung zwischen EU und Russland gibt es Sanktionen und gegenseitiges Misstrauen. Ob Trump eher zu einer Stärkung der EU (sie muss zusammenrücken und selbständiger werden) oder zu ihrer Spaltung beitragen wird, ist offen.

2. Globalisierung auf dem Rückzug

Seit den 1970er Jahren ist die Globalisierung in den im KOF-Globalisierungsindex (Gygli *et al*, 2018) definierten drei Dimensionen – wirtschaftlich, sozial und politisch – stetig gestiegen. Einen Schub erlebte sie nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989/90. Zur „wirtschaftlichen“ Globalisierung zählen die Handelsglobalisierung (Handel von Waren und Dienstleistungen zwischen Staaten) und die finanzielle Globalisierung (Faktorwanderung von Kapital durch Direkt- und Portfolioinvestitionen). Die zweite Art der Faktorwanderung, die Arbeitskräftewanderung und Migration zählt das KOF zur „sozialen“ Globalisierung. Zur „politischen“ Globalisierung zählt zB die Teilnahme an UN-Missionen etc Manches deutet darauf hin, dass sich die Globalisierung seit der Großen Rezession von 2009 auf dem Rückzug befindet.

2.1 Abnehmende Grenzerträge

In der letzten Zeit scheinen die Gewinne der Globalisierung abzunehmen (UNCTAD, 2018, 3), während die Nebenkosten (unkontrollierte Migration, Terrortourismus, Kontrollverlust westlicher Staaten, Protektionismus) steigen. Man sieht die Abflachung der Globalisierung am Verlauf der Globalisierungsindizes seit 2009 (KOF: Gygli *et al*, 2018; Bertelsmann-Stiftung: Weiß *et al*, 2018). Die Globalisierung trägt laut Bertelsmann-Studie zu 0,33% zum Wachstum des BIP pro Kopf eines Landes bei. Die Schweiz ist mit einem kumulierten Zuwachs des realen BIP pro Kopf von € 49 730 seit 1990 der größte Globalisierungsgewinner. Österreich liegt mit € 23 491 an elfter Stelle. Große Länder sind in der Regel weniger globalisiert und weisen daher geringere „Globalisierungsgewinne“ aus: USA mit € 11 575 an 25. Stelle, China mit 2049 an 41. und damit an vorletzter Stelle. Auch der IMF (2016 und 2018) stellt seit 2009 anhand des Verhältnisses von Wachstum des realen Welthandels zu jenem des Welt-BIP (Welthandelsselastizität) eine Abflachung der Globalisierung fest: sie sank von 1,6 vor der Großen Rezession auf 1,0 nachher.

2.2 Zunehmende Nebenkosten

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Welthandel durch acht erfolgreiche multilaterale Zollabbaurunden im Rahmen des GATT schrittweise liberalisiert (Senkung der Zölle von 38% auf 2,5%) und begünstigte damit die Globalisierung.

Protektionismus gab es historisch gesehen immer wieder: nach der auf die erste Ölpreiskrise folgenden Rezession von 1975 kam es zum „Neuen Protektionismus“ durch Einführung aller Arten von nicht-tarifarischem Hemmnissen (NTB); nach der auf die globale Finanzkrise folgende Große Rezession von 2009 folgten „schädliche“ Interventionen im Welthandel. US-Präsident Donald Trump gießt mit seiner auf „America first“ ausgerichteten Außen- und Handelspolitik neuerlich Öl ins Feuer des Protektionismus, indem er aus allen internationalen Handelsverträgen aussteigt und wahllos Strafzölle zum Abbau des US-Handelsbilanzdefizits einführt (Breuss, 2018a). Ein sich aufschaukelnder Handelskrieg zwischen den USA gegen die EU und China und durch deren Retorsionsmaßnahmen gegen die USA war bis zum Treffen Trump-Juncker am 25. Juli 2018 wahrscheinlich. Seither wird ein neues EU-USA-Handelsabkommen angestrebt.

3. Globalisierungsstrategie der EU

Die erweiterte Union gehört – zumindest im wirtschaftlichen Bereich – zu den einflussreichen Spielern in der Welt. Dennoch: „Europa ist ein Wirtschaftsgigant, politisch ein Zwerg und militärisch ein Wurm“, wie der belgische Außenminister Mark Eyskens im Jänner 1991 kurz vor dem „Desert Storm“ im ersten Golfkrieg über die EU urteilte. Auch nach Juncker (2018) ist die EU wegen seiner Schwäche im Verteidigungsbereich immer noch nicht „weltpolitikfähig“¹. Trotz neuer Anstrengungen zur stärkeren militärischen Zusammenarbeit (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) tritt sie eher als „Soft Power“ auf und wird dadurch von Trump und China verachtet.

3.1 Die Stellung der EU in der Welt

Die EU-28 ist mit rund 510 Millionen Einwohnern (7% der Weltbevölkerung) nach China (19%) und Indien (18%) der drittgrößte Markt der Welt (Breuss, 2018b). Sie liegt (gemessen am realen Welt-BIP zu Kaufkraftparitäten) mit 17% der Weltwirtschaftsleistung an zweiter Stelle hinter China mit 18%. Es folgen die USA mit 15%. Die EU-28 gehört zu den reichsten Regionen der Welt. Mit einem realen BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten von 36.300 USD nimmt sie von den von der UNO erfassten 264 Ländern und Regionen den 33. Rang ein. Die USA liegen mit 53.300 USD an 13. Stelle. China gehört mit einem BIP pro Kopf von 14.400 USD eher noch zu den Entwicklungsländern. Durch den Brexit wird die Bevölkerung der EU allerdings um 13%, das reale BIP-Niveau um 14% und das BIP pro Kopf um 1,2% schrumpfen.

Im internationalen Handel ist die EU eine „Supermacht“. Mit einem Anteil von 16% an den Weltwarenxporten liegt die EU-28 knapp hinter China (17%) an

1 Kurz nach dem Brexit-Referendum im Juni 2016 hat die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, die „Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy“ proklamiert, um zu dokumentieren, dass die EU auch weiterhin weltpolitisch mitreden will und „weltpolitikfähig“ werden möchte (Siehe: <https://europa.eu/global-strategy/en>).

zweiter Stelle. Es folgen die USA mit 12%. Die anderen Nationen folgen im weiten Abstand. Im Dienstleistungshandel ist die Vormachtstellung der EU-28 mit einem Exportanteil am Weltdienstleistungshandel von 24% beeindruckend; es folgen die USA mit 20%. China ist mit 5% weit abgeschlagen an dritter Stelle.

Die EU-28 ist auch als Investor eine Weltmacht. Im Jahr 2017 (*UNCTAD*, 2018) betrug der Bestand an Direktinvestitionen im Ausland 34,5% der globalen FDI. Die USA waren mit 25,3% der Welt-FDI die zweitwichtigste Investorenation. Auch als Wirtschaftsstandort ist die EU-28 Weltspitze. Im Jahr 2017 wurden 28,9% der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in der EU-28 getätigt; es folgten die USA mit einem Anteil von 24,8%. China wird zwar als Zielland für FDI immer wichtiger. Ihr derzeitiger Weltanteil beträgt aber erst 4,7%. Als Investor in der Welt liegt China mit 4,8% noch weit hinter der EU und den USA, holt aber stark auf.

3.2 Außenhandel ist EU-Kompetenz

Die EU-Handelspolitik wird ausschließlich auf EU-Ebene nach einheitlichen Grundsätzen festgelegt. Laut Artikel 3 AEUV hat die Union ausschließliche Zuständigkeit im Bereich Zollunion und gemeinsame Handelspolitik. Laut Artikel 207 AEUV führt die Kommission im Auftrag des Rates die Verhandlungen entweder multilateral im Rahmen der WTO oder bilateral mit jenen Staaten, mit denen die EU Freihandelsabkommen schließen möchte.

3.3 Teilnahme an der Globalisierung

Die EU nimmt auf mehreren Wegen an der Globalisierung teil. Zum einen durch ihre stetige Erweiterung dehnt sie intern den Binnenmarkt aus („Mini-Globalisierung“). Zum anderen beteiligt sie sich an der eigentlichen Globalisierung multilateral im Rahmen der WTO und durch Abschluss von bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen (FHA).

3.3.1 „Mini-Globalisierung“

Nach der Gründung der EWG im Jahr 1957 wurde bis 1968 eine Zollunion geschaffen. Die Zölle zwischen den damals sechs Mitgliedern wurden beseitigt und ein einheitlicher Zolltarif (GZT) gegenüber Drittstaaten eingeführt. Mit den folgenden EU-Erweiterungen bis zur EU-28 wurde die Zollunion und der Binnenmarkt seit 1993 immer größer. Durch diese EU-interne „Mini-Globalisierung“ hat die EU die Drittstaaten immer weiter verdrängt². Die EU ist derzeit der größte Binnenmarkt und die größte Zollunion der Welt. Je größer eine Zollunion (sie sind laut Artikel XXIV GATT Ausnahmen von der Meistbegünstigungsklausel) wird, umso eher schränkt sie den Spielraum für globalen Freihandel mit Drittstaaten ein bzw lenkt Handelsströme von Drittstaaten in den EU-Binnenmarkt um. Der erweiterte EU-Binnenmarkt bietet somit einen immer größeren Schutz vor der externen Globalisierung (*Breuss*, 2008). Die EU-28 umfasst einen Markt

2 *Schwarz* (2018) spricht in diesem Zusammenhang von der EU als „Pharisäern des Freihandels“.

von 514 Millionen Menschen, die USA gerade einmal 328 Millionen. Der zollfreie europäische Freihandelsraum ist aber noch viel größer. Die EU-28 unterhält ein Freihandelsabkommen mit der EFTA und integriert durch das EWR-Abkommen Island, Liechtenstein und Norwegen stark in den EU-Binnenmarkt. Die Schweiz ist durch bilaterale Abkommen mit der EU verbunden. Zudem gibt es eine Zollunion mit der Türkei. Damit umfasst der „europäische Freihandelsraum“ einen zollfreien Markt von 610 Millionen Menschen gegenüber der NAFTA mit nur 497 Millionen Menschen. Mit der Paneuropa-Mittelmeer-Kumulierung (Pan-Euro-Med-Kumulierung) hat die EU den europäischen Freihandelsraum plus EFTA und Türkei auch auf die Mittelmeerstaaten ausgedehnt.

3.3.2 Multilaterale Abkommen im Rahmen der WTO

Die EU (damals noch EG) spielte erstmals in der Welthandelsrunde 1964-1967 (Kennedy-Runde) des GATT neben den USA und Japan eine führende Rolle in den Verhandlungen zum weltweiten Abbau von Zöllen. Die Position der EU hat sich in den folgenden GATT-Runden (Tokio, 1973-1979 und Uruguay, 1986-1993) weiter gefestigt. Leider ist die Doha-Runde (Start 2001) bisher noch zu keinem Ergebnis gekommen.

3.3.3 Bilaterale und regionale Freihandelsabkommen

Als Ersatz für die erstbeste Lösung (multilateraler Zollabbau im Rahmen der WTO) werden seither von den beiden führenden Welthandelsmächten, USA und EU - als zweitbeste Lösung - bilaterale Freihandelsabkommen (FHA) abgeschlossen. Die EU hat derzeit 41 FHA in Kraft, 13 sind in Verhandlung³.

Die EU unterhält mit allen 164 WTO-Mitgliedern unterschiedliche Handelsbeziehungen, die man in drei Typen einteilen kann:

- *Zollunion*: Die Basis des EU-Binnenmarktes ist eine Zollunion. Seit 1995 gibt es eine Zollunion EU-Türkei.
- *Assoziationsabkommen, Stabilisierungsabkommen, (Deep and Comprehensive) Free Trade Agreements (DCFTA) - FHA der „alten“ (mit der EFTA seit 1973) und der „neuen Generation“ und Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (EPA)*: Sie haben zum Ziel die Zölle im bilateralen Handel zu reduzieren.
- *Partnerschafts- und Kooperationsabkommen*: bilden einen allgemeinen Rahmen für bilaterale wirtschaftliche Beziehungen. Die Zölle bleiben unverändert.

Seit der Mitteilung „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ hat die Europäische Kommission (2006) ihre Absicht bekundet, mit den wichtigsten Handelspartnern FHA der „neuen Generation“ (FHA-NG) abzuschließen. Man spricht auch von sogenannten „WTO plus-Abkommen“, da sie inhaltlich

3 Alle relevanten Informationen über die Handelspolitik der EU sind auf der Webseite der Europäischen Kommission, Generaldirektion Handel zu finden: <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/negotiations-and-agreements/> (abgefragt am 31. 7. 2018).

über die WTO-Agenda (Zoll, Dienstleistungen, nicht-tarifäre Handelsbarrieren, Investitionen, Wettbewerb) hinausgehen.

FHA-NG in Kraft: mit Südkorea, Kolumbien/Peru und Zentralamerika und Kanada (Europäische Kommission, 2017b): Mit Südkorea seit Juli 2001 provisorisch, endgültig in Kraft seit Dezember 2015; mit Kolumbien/Peru als Mitglieder der Andengemeinschaft (früher Andenpakt) seit März 2013 provisorisch in Kraft. Ecuador trat dem FHA EU-Kolumbien/Peru im Jänner 2017 bei. Bolivien hat als Mitglied der Andengemeinschaft auch die Chance diesem FHA beizutreten. Das FHA mit Zentralamerika wird seit 1. August 2013 (Honduras, Nicaragua und Panama) und seit 1. Oktober 2013 (Costa Rica und El Salvador) bzw seit 1. Dezember 2013 (Guatemala) vorläufig angewendet und gilt damit für alle sechs Partner auf zentralamerikanischer Seite. Die letzte umfassende FHA der neuen Generation, das *CETA* mit Kanada wurde am 21. September 2017 vorläufig in Kraft gesetzt (Auswirkungen, siehe: Breuss, 2017a).

FHA-NG vorläufig oder bald in Kraft: Ein weiteres wichtiges FHA der neuen Generation ist das *Japan-EU FHA* (JEFTA). Diese EU-Japan EPA wurde zwischen 2013 und 2017 verhandelt. Es ist das bisher größte bilaterale Handelsabkommen der EU und soll die Form eines völkerrechtlichen Vertrags haben. Es wird 2019 vorläufig in Kraft treten⁴.

FHA-NG gescheitert: Die schon jahrelang in mehreren Etappen vorbereitete Freihandelszone zwischen der EU und den USA, die *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)* wäre die größte Freihandelszone der Welt gewesen. Sie ist gescheitert, nachdem US-Präsident Donald Trump kurz nach Amtsantritt im Jänner 2017 die Verhandlungen gestoppt hat.

DCFTA mit Ukraine: Mit der *Ukraine* hat die EU 1998 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geschlossen. 2014 wurde das seit 2008 verhandelte Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Es ersetzt das alte durch ein DCFTA. Der allgemeine politische Teil des Abkommens wird seit 1. November 2014 in seinen in EU-Kompetenz liegenden Teilen vorläufig angewendet. Der Freihandels teil des Abkommens wird seit dem 1. Januar 2016 vorläufig angewendet.

Asien, Pazifik, Lateinamerika: Mit anderen Regionen ist die EU bezüglich neuer FTAs in Verhandlung: EU-ASEAN-Staaten, EU-Australien, EU-Neuseeland (Start, 21. Juni 2018), EU-Indien, EU und Lateinamerika. Die EU verhandelt seit 2010 mit den Gründungsmitgliedern des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) ein FHA als Teil eines bi-regionalen Assoziationsabkommens. Venezuela wurde 2012 Mitglied und ist seit 2017 suspendiert. Für die EU hat es bei den FHA-Verhandlungen Beobachterstatus. Die gegenwärtigen Handelsbeziehungen EU-Mercosur basieren auf einem interregionalen Rahmen-Kooperations-Abkommen seit 1999.

Aufgrund des Scheiterns von TTIP mit den USA wendet sich die EU stärker China zu. Am 16. 7. 2018 fand das 20. EU-China-Gipfeltreffen statt. Ein Globales

4 Am 17. Juli 2018 fand das 25. Gipfeltreffen zwischen der EU und Japan in Tokio statt. Auf dem Gipfel unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs zwei wegweisende Abkommen: das Abkommen über eine strategische Partnerschaft und das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) (siehe: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4504_de.htm [abgefragt am 31. 7. 2018]). Ein Investitionsschutzabkommen soll später folgen.

Partnerschafts- und ein Investitionsabkommen ebenso wie ein besserer Marktzugang werden angestrebt. Durch eine Vereinbarung des Europäischen Investitionsfonds (EIF), der zur Europäischen Investitionsbank-Gruppe gehört, und dem chinesischen „Silk Road Fund“ (SRF) wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, um die ersten Ko-Investitionen im Rahmen des kürzlich eingerichteten China-EU-Ko-Investitionsfonds (CECIF) zu bestätigen, der die Investitionszusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und China fördert und Synergien zwischen Chinas Initiative „Neue Seidenstraße“ (One Belt, One Road) und der Investitions-offensive für Europa unterstützt.

3.3.4 Sonderformen von EU-Handelsabkommen

- **Trade in Service Agreement (TiSA):** Die EU verhandelt mit 23 WTO-Staaten, die insgesamt etwa 70 Prozent des weltweiten Dienstleistungshandels abdecken⁵ ein plurilaterales Abkommen zur Erleichterung des Handels mit Dienstleistungen, das langfristige in die WTO übergeführt werden soll.
- **Environmental Goods Agreement (EGA):** Seit Juli 2014 verhandelt die EU mit 16 anderen Mitglieder der WTO über das EGA, um Handelsbarrieren für Umweltgüter oder „grüne“ Güter, die wichtig für den Umweltschutz und die Verlangsamung des Klimawandels sind⁶. Es wird zunächst plurilateral verhandelt und dann multilateral auf alle WTO-Mitgliedsstaaten ausgeweitet.
- **PANEUROPA-Mittelmeer-Kumulierung:** Die Pan-Euro-Med Kumulierung ist eine große Freihandelszone (Ausdehnung der Paneuropäischen Kumulierungszone) zwischen der Europäischen Union, den EFTA-Staaten und dem Mittelmeerraum mit dem Ziel eines zollfreier Handelsraum mit einheitlichen Ursprungsregeln (passive Veredelung) und einheitlicher Dokumentation. Folgende Länder sind beteiligte Handelspartner der EU: Ägypten, Algerien, Färöer, Island, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Norwegen, Schweiz, Liechtenstein, Syrien, Tunesien, Türkei, Westjordanland, Gazastreifen und alle Teilnehmer des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses der EU (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien, Kroatien).
- **EU-AKP-Partnerschaft.** Das AKP-EU-Partnerschaftsabkommen, unterzeichnet am 23. 6. 2000 in Cotonou (daher auch *Cotonou-Abkommen* bezeichnet) hat für eine 20-Jahresperiode (2000-2020) eine umfassende Partnerschaft zwischen 79 Entwicklungsländern in Afrika, der Karibik und im Pazifik (AKP) abgeschlossen. Neben der Bedeutung dieses Abkommens für die Liberalisierung des Rohstoffhandels mit der EU, wurden neue Elemente aufgenommen: Klimawandel, Nahrungsmittelsicherheit, regionale Integration, gutes Regieren und Verbesserung der Hilfeeffektivität. Derzeit ist die EU in Verhandlung zu einem neuen Abkommen für die Zeit nach 2020⁷.

5 Näheres zu TiSA, siehe: http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/tisa/index_de.htm (abgefragt am 31. 7. 2018).

6 Näheres siehe: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1116> (abgefragt am 31. 7. 2018).

- Die EU-Handelspolitik setzt sich auch gegen Kinder- und Zwangsarbeit, Umweltzerstörung und Preisschwankungen ein. Für die ärmsten Länder der Erde versucht die EU-Handelspolitik, *Handel und Entwicklungshilfe* zu vereinen.

3.3.5 Global Europe and Trade for All

Global Europe: Am 4. Oktober 2006 hat die Europäische Kommission (2006) die Handels-Strategie „Global Europe“ vorgestellt. Eine starke Wettbewerbsfähigkeit auf dem EU-Binnenmarkt ist Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit. Trotz eines Bekenntnisses für eine multilaterale Liberalisierung des Welthandels durch die WTO strebt die EU als zweitbeste Lösung Abschlüsse von FTA der „neuen Generation“ mit den wichtigsten Handelspartnern an.

Im mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 waren für das Thema „Global Europe“ 58,7 Mrd Euro vorgesehen. Im neuen MFR 2021-2027 sind Ausgaben für „Nachbarschaft und Welt“ Aufwendungen für auswärtiges Handeln: Nachbarschaft, Migration, Entwicklung, internationale Zusammenarbeit von insgesamt rund 90 Mrd Euro geplant.

Trade for All: Nach den Turbulenzen und Kritik anlässlich der Verhandlungen zu TTIP und CETA hat die Kommission am 14. Oktober 2015 die neue Strategie „Trade for all“ für den Handel und Investitionen vorgestellt (Europäische Kommission, 2015)⁸. Drei Verbesserungen (Effizienz, Transparenz, Werte) sind auch in das Reflexionspapier der Europäischen Kommission (2017a) zur Globalisierung eingeflossen.

3.3.6 Energieabhängigkeit ist Achillesferse der EU

Einerseits will die EU eine im März 2015 von Präsident Juncker angekündigte *Energieunion*⁹ mit Versorgungssicherheit schaffen. Andererseits ist die hohe Energieabhängigkeit der EU im Hinblick auf die unabhängige und wettbewerbsfähige Teilnahme an der Globalisierung für die EU ein wunder Punkt. Sie steigt und beläuft sich derzeit im EU-Schnitt auf über 53%: Malta (98%) und Luxemburg (97%) sind am stärksten abhängig, Deutschland (61%) und Österreich (66%) liegen leicht über dem EU-Schnitt. Die größte Abhängigkeit besteht gegenüber Russland (Europäische Kommission, 2017c). Um die Energieströme gegenüber Russland zu sichern, investieren einige EU-Mitgliedstaaten (vor allem Deutschland) – gegen den Wunsch der EU – einseitig in das Projekt der Gaspipeline „Nord Stream 2“¹⁰. Im Gegensatz zu US-Präsident Trump, der es aufgekün-

7 Siehe: https://ec.europa.eu/europeaid/regions/african-caribbean-and-pacific-acp-region_en (abgefragt am 31. 7. 2018).

8 Siehe auch: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1381> (abgefragt am 31. 7. 2018).

9 Siehe: https://ec.europa.eu/commission/priorities/energy-union-and-climate_en (abgefragt am 31. 7. 2018).

10 Näheres siehe: <https://www.nord-stream2.com/> (abgefragt am 31. 7. 2018).

dig hat, hat die EU das *Pariser Klimaabkommen* vom 30.11.-12. 12. 2015 ratifiziert.

3.3.7 Hilfe für Globalisierungsverlierer

Zwar hat die Globalisierung den Wohlstand der beteiligten Länder erhöht und viele Entwicklungsländer aus ihrer Armut befreit. Doch kommt es durch die permanente Verlagerung von Produktionen immer wieder zu Betriebsschließungen und zu Arbeitslosigkeit. Zur Abfederung dieser Schattenseiten der Globalisierung hat die EU den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)¹¹ mit einem Jahresbudget von 150 Millionen Euro für 2014-2020 eingerichtet.

Für die Einkommensverluste der Arbeitnehmer in den Industriestaaten (sinkende Lohnquote) bietet der EGF natürlich keinen Schutz (*Breuss*, 2008, 2015). *Milanovic* (2016) sieht anhand seiner „Elefantenkurve“ die Gewinner der Globalisierung in Asiens Mittelschicht und bei den Superreichen; Verlierer sind die untere Schicht in den USA und in Europa.

4. Erweiterungsstrategie der EU

Nach der große EU-Erweiterung ab 2004 um 13 neue Mitgliedstaaten aus Ost- und Südosteuropa und dem Mittelmeer hat eine gewissen „Erweiterungsmüdigkeit“ in der EU eingesetzt. Langsam stößt die EU ohnehin an ihre Grenzen. Sie kann schon jetzt bei komplexen Themen wie Migration und Asyl (Reform von Dublin III zu IV) keine gemeinsame Lösung mehr finden oder – wie auf dem Migrationsgipfel des Europäischen Rates vom 28. 6. 2018 – höchstens vage Ankündigungen dazu machen. Sie könnte andererseits aber durch eine neuerliche Erweiterung ihren Freihandelsraum weiter ausbauen und die „Mini-Globalisierung“ langsam zu einer „Maxi-Globalisierung“ ausweiten.

Nachdem Island im März 2015 seinen EU-Beitrittsantrag zurückgezogen hat, sind derzeit noch sieben Länder beitrittswillig¹²: fünf Kandidatenländer (Albanien, „Nord“-Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei) und zwei potentielle Kandidaten (Bosnien-Herzegowina und Kosovo). Mit drei Länder gibt es Probleme: Mazedonien lag bis vor kurzem im „Namensstreit“ mit Griechenland. Die Regierungschefs beider Länder haben sich auf den Namen „Nord-Mazedonien“ geeinigt. Damit gibt Griechenland die Blockade für einen EU- und NATO-Beitritt auf. Der Kosovo wird nur von wenigen Ländern – auch innerhalb der EU – anerkannt; vor allem nicht vom Nachbar Serbien. Die Türkei ist seit Verhängung des Ausnahmezustands nach dem gescheiterten Putsch vom 15. 7. 2016 ohnehin nicht EU-beitrittsfähig¹³.

11 Näheres siehe: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=326&langId=de> (abgefragt am 31. 7. 2018).

12 Siehe: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/node_en (abgefragt am 31. 7. 2018).

4.1 Junckers Erweiterungspause

Bei Amtsantritt im November 2014 hat Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker eine Erweiterungspause angesagt: „In den nächsten fünf Jahren wird es keine Erweiterung geben“¹⁴.

Trotz dieses grundsätzlichen Ziels gab es mehrere Initiativen, den Erweiterungsprozess am Laufen zu halten. Zum einen die diplomatische Initiative des *Berliner Prozesses*. Zum anderen hat die Europäische Kommission – wohl angesichts des nahenden Brexits und wegen des wachsenden Engagements Russlands (via Serbien) und Chinas via dem Seidenstraßen-Projekt – am 6. Februar 2018 eine *Westbalkan-Strategie* angenommen¹⁵. Darin wurde den Westbalkanstaaten eine glaubwürdige Perspektiver für die EU-Erweiterung bis 2025 in Aussicht gestellt.

4.2 Sofia-Erklärung und das Jahr 2025

In einer Erklärung des EU-Westbalkan-Gipfels in Sofia vom 17. Mai 2018 wurde wieder die gemeinsamen Werte beschworen und die auf dem EU-Gipfel von Thessaloniki 2003 beschlossene Unterstützung einer europäischen Perspektive der Westbalkan-Staaten bekräftigt. Es wurde die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und der Vermeidung von Migration gelobt. Aber das konkrete Zieldatum von 2025 für die nächste EU-Erweiterung wurde vermieden. *Grievesson et al* (2018) schätzen, dass um das Jahr 2025 am ehesten Montenegro und Serbien EU-Mitglieder sein könnten. Durch die Aufnahme der Westbalkan-Staaten wird die EU im Durchschnitt neuerlich „ärmer“ werden, zählen diese Staaten doch zu den ärmsten Staaten Europas.

4.3 EU-Nachbarschaftspolitik als Alternative

Am 6. Dezember 2002 hat der damalige Kommissionspräsident Romano Prodi in einer Rede in Brüssel sein neues Konzept – „A Ring of Friends“ – vorgestellt. Jene Nachbarn, die als EU-Mitglieder nicht in Frage kommen, sollten, dem „Ring of Friends“ (später Europäische Nachbarschaftspolitik – ENP – genannt) angehören. Die ENP bildet den Rahmen für die Beziehungen (Schaffung von FHA) der EU zu 16 ihrer unmittelbaren östlichen und südlichen Partnerländer¹⁶. Im Rahmen der ENP haben sich mehrere Partnerschaften herausgebildet: (1) *Östliche Partnerschaft* (EaP) (seit 9. 5. 2009) mit sechs östlichen Nachbarn: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine und Weißrussland; soll zur Vertiefung und Stärkung der Beziehungen beitragen. (2) *Südliche Nachbarschaft*: Zu-

13 Siehe das jüngste EU-Erweiterungs-Paket 2018 (inkl Fortschrittsberichte) der Kommission über die beitragswilligen Länder vom April 2014: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/countries/package_en (abgefragt am 31. 7. 2018).

14 Siehe: <http://juncker.epp.eu/node/151> (abgefragt am 31. 7. 2018).

15 Siehe: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/countries/package_en (abgefragt am 31. 7. 2018).

16 Siehe: https://ec.europa.eu/info/policies/european-neighbourhood-policy_de (abgefragt am 31. 7. 2018).

sammenarbeit der EU mit 10 südlichen Nachbarländern: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Palästina (ohne politische Anerkennung), Syrien und Tunesien. Inklusive Türkei wird diese Gruppe auch in der „*Euro-Mediterranean Partnerschaft*“ zusammengefasst¹⁷. (3) *Zusammenarbeit mit Ländern entlang der EU-Außengrenzen*: Die grenzübergreifende Zusammenarbeit unterstützt eine nachhaltige Entwicklung entlang gemeinsamer Länder- oder Seegrenzen zwischen EU-Ländern und benachbarten Nicht-EU-Ländern. (4) *Zusammenarbeit mit allen Nachbarländern*:

Als Gegengewicht für die EU-Osterweiterung hat der französische Präsident Nicolas Sarkozy im Juli 2008 auf dem Pariser Mittelmeergipfel die *Union für den Mittelmeerraum* (UfM) auch Union für das Mittelmeer mit 43 Ländern (davon 28 EU-Mitglieder) ins Leben gerufen. Ziel: die Festigung der Euro-mediterranean Partnerschaft (Euromed), die seit 1995 besteht und als Barcelona-Prozess seit 1995 bekannt ist.

Der „*Arabische Frühling*“ (auch Arabellion genannt), eine im Dezember 2010 in Tunesien beginnende Serie von Protesten, Aufständen und Revolutionen in der arabischen Welt hat auf viele Staaten im Nahen Osten (Maschrek/Arabische Halbinsel) und in Nordafrika (Maghreb und Ägypten) übergegriffen. Seit 2014 erneuert die EU ihre alten Europa-Mittelmeer-Assoziierungsabkommen mit den südlichen Nachbarländern um DCFTAs¹⁸. Gerade in Zeiten der größten Migrationskrise in der EU, hat die ENP und die UfM versagt. Sie haben es nicht geschafft mit den Partnern im Mittelmeer Übereinkünfte zur Lösung des Flüchtlingsproblems aus Afrika zu erzielen. In jüngster Zeit wird ein neuer Versuch in diese Richtung unternommen.

4.4 Russland als Spezialfall

Die Beziehungen EU-Russland scheinen schon einmal besser gewesen zu sein. Im Anschluss an das Gipfeltreffen mit US-Präsident Bill Clinton am 24. 3. 1997 in Helsinki, als es um die Nato-Erweiterung gegen Osten ging, hat der russische Präsident Jelzin angekündigt, dass sein Land der EU beitreten wolle. Russland wolle als „vollwertiger europäischer Staat anerkannt“ werden; dazu gehöre die Mitgliedschaft in der EU, erklärte Jelzin. Die Europäische Kommission reagierte zurückhaltend.

In guten Zeiten und angesichts der Aufkündigung der transatlantischen Beziehungen durch US-Präsident Trump wäre eine engere Zusammenarbeit bis hin zur EU-Mitgliedschaft natürlich von enormer strategischer (die EU würde zur Militärmacht) und wirtschaftlicher Bedeutung (die Energieabhängigkeit würde sich erübrigen). Der Freihandelsraum würde zusätzlich 145 Millionen Menschen umfassen. Die eurasische EU wäre eine Weltsupermacht¹⁹. Nur sind die Zeiten

17 Siehe: <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/regions/euro-mediterranean-partnership/> (abgefragt am 31. 7. 2018).

18 Die detaillierten Abkommen EU-Partnerland findet man auf der Trade-Webseite der Kommission: <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/> (abgefragt am 31. 7. 2018).

19 Der Zusammenschluss könnte eventuell auch durch die „Europäische Seidenstraße“ (Verkehrswegeausbau von West- nach Osteuropa und Russland) gefördert werden (Holzner et al, 2018).

nicht gut und lassen eine eurasische EU als reine Utopie erscheinen. Seit sich Russland unter Präsident Wladimir Putin vom Westen und der NATO überfahren fühlt, arbeitet es eher gegen als mit dem Westen. Abgesehen von der vermuteten Cyberattacken gegen westlicher Demokratien und Störmanöver gegen die EU ist der Fall der widerrechtlichen Annexion der Krim und die Einmischung in der Ostukraine ein krasses Beispiel für Nicht-Kooperation mit dem Westen. Als Folge davon verhängt der Westen (vor allem die EU und die USA) seit 2014 Sanktionen gegen Russland²⁰, die immer wieder, halbjährlich – zuletzt am 5. 7. 2018²¹ – erneuert werden.

Seit 1997 basieren die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU mit Russland auf dem auf 10 Jahre ausgelegten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA) mit vier gemeinsamen Räumen (Wirtschaft und Umwelt, Freiheit, Sicherheit und Recht, äußere Sicherheit und Forschung, Bildung und Kultur). Es wird jährlich erneuert. Im März 2014 hat der Europäische Rat die Verhandlungen zur Erneuerung des PCA wegen der Ukraine-Krise ausgesetzt. Seit dem Ukraine Konflikt sind die beiden Räume (2) und (3) praktisch obsolet und werden durch gegenseitige Sanktionen ersetzt.

Russland ist der viertwichtigste Handelspartner der EU. Russland ist der größte Lieferant für die EU von Öl, Uran und Kohle. Andererseits ist die EU der wichtigste Handelspartner für Russland. Seit 2000 gibt es eine Energiepartnerschaft und einen Energiedialog EU-Russland. 2010 hat Russland eine Zollunion mit Kasachstan und Weißrussland gegründet. Als Armenien und Kirgisistan beitraten, wurde diese Zollunion 2015 zur Eurasische Wirtschaftsunion (EEU) umbenannt.

4.5 Chinas Plan für 2049: Neue Seidenstraße

Während die EU – angesichts des WTO-Stillstandes in der Doha-Runde – als einzige Globalisierungsstrategie den Abschluss immer neuer FHA der Neuen Generation anzubieten hat, stößt China in ganz andere Dimensionen vor. Zum einen will China mit der Strategie „Made in China 2025“ zum Weltführer in der Herstellung von High-Tech-Produkten und zur führenden Nation bei Forschung und Entwicklung und Innovationen aufsteigen. Zum anderen hat China mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“ oder die Initiative „One Belt, One Road“ (Ein Band, Eine Straße; BRI) eine Globalisierungsstrategie der Sonderklasse angestoßen. Diese Initiative bündelt seit 2013 die Interessen und Ziele der Volksrepublik China unter Staatspräsident Xi Jinping zum Auf- und Ausbau interkontinentaler Handels- und Infrastruktur-Netze zwischen der Volksrepublik und zusammen 64 weiteren Ländern Afrikas, Asiens und Europas. Bei der „Neuen Seidenstraße“ handelt es sich um zwei Bereiche, einen nördlich gelegenen zu Land mit sechs Korridoren (Eisenbahnverbindungen) mit dem Titel *Silk Road Economic Belt*²²

20 Näheres zu den Beziehungen EU-Russland, siehe: https://eeas.europa.eu/regions/eastern-europe/35939/european-union-and-russian-federation_en (abgefragt am 31. 7. 2018).

21 Siehe: <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2018/07/05/russia-eu-prolongs-economic-sanctions-by-six-months/> (abgefragt am 31. 7. 2018).

22 Siehe: http://china.org.cn/business/node_7207419.htm (abgefragt am 31. 7. 2018).

und einen südlich gelegenen Seeweg namens *Maritime Silk Road* (Barisitz, 2018; Barisitz-Radzyner, 2017a, 2017b; Grübler et al, 2018).

Kurzfristig will China mit der Initiative „Neue Seidenstraße“ Überkapazitäten seiner Industrie abbauen. Doch langfristig will Peking damit die Weltordnung zu seinen Gunsten beeinflussen und hat bereits ein Ziel für das Jahr 2049 ausgegeben.

Innerhalb Europas scheint China die Region Zentral-Ost und Südosteuropa (CESEE) als Brücke zu westeuropäischen Märkten auserkoren zu haben. Zur Unterstützung dieser Strategie hat China die diplomatische Initiative „16+1“ lanciert. Der erste Gipfel fand 2012 (ein Jahr vor der BRI verkündet wurde) statt, der letzte im November 2017 in Budapest²³. Sie umfasst 11 Mitgliedstaaten der EU in Zentral- und Osteuropa (CEE: Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänen, Slowakei, Slowenien) und fünf Westbalkanstaaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nord-Mazedonien, Montenegro, Serbien). Österreich hat einen Beobachterstatus (Grübler et al, 2018).

Der Vorstoß Chinas in den europäischen Osten wird in der EU eher skeptisch gesehen. Über die Beziehungen zu den kleineren EU-Mitgliedern versuche China, die Europäische Union vor allem bei heiklen Themen zu spalten. China nutze wirtschaftliche Abhängigkeiten und verhindere so erfolgreich unliebsame EU-Beschlüsse etwa zu Menschenrechten. Man könnte die Teilnehmer der „16+1“-Gruppe in Osteuropa auch dadurch an ihre Zugehörigkeit zur Europäischen Union erinnern, indem man ihnen klar macht, dass eine kreditfinanzierte Erneuerung ihrer Infrastruktur durch China zulasten von Strukturmitteln im MFR der EU 2021-2027 gehen könnte.

5. Schlussfolgerungen

Die EU ist nach wie vor ein Wirtschaftsgigant, aber politisch noch nicht weltpolitikfähig. Sie nimmt sowohl intern, als auch extern als großer Spieler an der Globalisierung teil. Durch die stetigen Erweiterungen von ursprünglich sechs auf derzeit 28 Mitglieder hat sie eine eigene, interne „Mini-Globalisierung“ mit einem immer größeren Freihandelsraum gestaltet. Je größer die EU und damit ihr Freihandelsraum wird, umso weniger ist sie auf die externe Globalisierung angewiesen. Dennoch betätigt sich die EU aktiv an der externen Globalisierung. Einerseits multilateral im Rahmen der WTO. Da diese aber seit dem Start der Doha-Runde 2001 kein Ergebnis zur weiteren Liberalisierung des Welthandels zustande gebracht hat, setzt die EU als Zweit-Bestlösung auf bilaterale und regionale Freihandelsabkommen (FHA). Solche umfangreichen FHA der neueren Generation gibt es seit 2006 mit Südkorea, Kolumbien/Peru und Zentralamerika und mit Kanada (CETA). Das EU-Japan FHA wird demnächst in Kraft treten. Die Verhandlungen über das größte Projekt dieser Art, das EU-USA FHA (TTIP) wurden vom US-Präsident Trump nach seinem Amtsantritt ausgesetzt. Ein Nachfolgeab-

²³ Siehe: http://english.scio.gov.cn/internationalexchanges/2017-11/28/content_50073945.htm (abgefragt am 31. 7. 2018).

kommen wurde beim Treffen Trump-Juncker am 25. Juli 2018 in Aussicht gestellt.

Literaturverzeichnis

Barisitz, S., Neue Seidenstraße – eine geo-ökonomische Einschätzung unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Region, Vortrag im WIFO Jour Fixe Industriepolitik und Wettbewerbsfähigkeit, OeNB, 14. Juni 2018

Barisitz, S./Radzyner, A., The New Silk Road, Part I: Stocktaking and Economic Assessment, in: OeNB – Focus on European Economic Integration, Q3 (2017a) 8–30

Barisitz, S./Radzyner, A., The New Silk Road, Part II: Implications for Europe, in: OeNB – Focus on European Economic Integration, Q4 (2017b) 70–81

Breuss, F., EU und Globalisierung, Wirtschaftspolitische Blätter, Wien (2008) 561–578

Breuss, F., European Union in the Globalised World, in: K.N. Demetriou (Hrsg), The European Union in Crisis: Explorations in Representation and Democratic Legitimacy, Heidelberg-New York-Dordrecht-London (2015) 219–257

Breuss, F., A Macroeconomic Model of CETA's Impact on Austria, WIFO Working Papers, No 532 (2017a)

Breuss, F., The United States-Euro Area Growth Gap Puzzle, WIFO Working Papers, No 541 (2017b)

Breuss, F., Trumps Handelspolitik – ein gefährliches nicht-kooperatives Spiel, in: ifo Schnelldienst (Zur Diskussion gestellt: Handelskrieg und seine Folgen: Ist die WTO am Ende?) (2018a)

Breuss, F., Die Europäische Union als Prosperitätsgemeinschaft, in: P.-C.-Müsserl-Graff (Hrsg), Kernelemente europäischer Integration, Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 100, Berlin (2018b)

Europäische Kommission, Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt – Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Mitteilung, KOM (2006) 567

Europäische Kommission, Trade for all: Towards a more responsible trade and investment policy, Brüssel (2015)

Europäische Kommission, Die Globalisierung meistern: Reflexionspapier, Brüssel (2017a)

Europäische Kommission, Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Umsetzung der Freihandelsabkommen: 1. Januar 2016-31. Dezember 2016, COM(2017) 654, Brüssel (2017b)

Europäische Kommission, EU Energy in Figures, Statistical Pocketbook 2017, Luxembourg (2017c)

Grievesson, R./Grübler, J./Holzer, M., Western Balkans EU Accession: Is the 2025 Target Date Realistic? wiiw Policy Notes and Reports (2018)

Grübler, J. (Kordinator)/Bykova, A./Ghodsi, M./Hanzl-Weiss, D./Holzner, M./Hunya, G./Stehrer, R., Economic Policy Implications of the Belt and Road Initiative for CESEE and Austria, wiiw, Policy Notes and Reports 23 (2018)

Gygli, S./Haelg, F./Sturm, J.-E., The KOF Globalisation Index - Revisited, ETH Zürich, KOF Swiss Economic Institute, KOF Working Papers, No 429 (2018)

Holzner, M. (Kordinator)/Heimberger, P./Kochnev, A., Die „Europäische Seidenstraße“, wiiw Forschungsbericht (2018)

IMF, World Economic Outlook: Subdued Demand Symptoms and Remedies (Chapter 2: Global Trade: „What’s behind the Slowdown“), Washington DC (2016)

IMF, World Economic Outlook, Cyclical Upswing, Structural Change, Washington DC (2018)

Juncker, J.-C., Rede von Präsident Jean-Claude Juncker anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz, München (2018)

Milanovic, B., Die Ungleiche Welt - Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, Berlin (2016)

Schwarz, G., Pharisäer des Freihandels, Neue Zürcher Zeitung, 9. Juni 2018, 13

UNCTAD, World Investment Report 2018: Investment and New Industrial Policies, United Nations, New York and Geneva (2018)

Weiß, J./Sachs, A./Weinelt, H., Globalisierungsreport 2018: Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung? Bertelsmann Stiftung, Gütersloh (2018)

Abstract

JEL-No: F2, F6, F13, F15, O52

EU’s Strategy for Globalisation and Enlargement

The European Union is an economic giant, but not yet ready for a world policy player. The EU takes part internally and externally as a big player in the globalisation. Due to the steady enlargement the EU has created

an internal "Mini globalisation" with an ever-larger free trade area. The larger the EU and hence its free trade area, the less dependent is the EU on the external globalisation. Nevertheless, the EU takes part in the external globalisation. On the one hand via multilateral agreements of the WTO. On the other hand, as a second-best solution it negotiates bilateral or regional New Generation free trade agreements (FTAs). Already in force are such FTAs with South Korea, Columbia/Peru and Central America as well as with Canada (CETA). The EU-Japan FTA will be put into force soon. The negotiations on the largest project of this kind, the EU-USA FTA (TTIP), have been suspended by US president Trump when he took office.